

Notker Klann

Partnerschaftskompetenz als Herausforderung Das Institutionelle Beratungsangebot an einem Scheideweg

1.) Einleitung

Mit der ersten offiziellen Beratungsstelle, die 1911 in Dresden gegründet wurde (*Köhne*, 1976), begann eine kontinuierliche fachliche Entwicklung und ein zunehmender Ausbau des Angebotes. Nachdem sich zunächst einzelne Verbände und/oder Arbeitsgemeinschaften gegründet hatten, haben sich diese 1959 zu dem „Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung“¹ zusammengeschlossen. Die gemeinsame Arbeit führte 1963 zu einer Grundsatzerklärung über Wesen und Methode der Eheberatung, die fortgeschrieben wurde (*Struck*, 1971). Daraus sind dann Grundsatzbeschlüsse (z. Zt. sieben Dokumente, *Deutscher Arbeitskreis*, 2001) geworden, die der Standardisierung und Qualitätssicherung des Beratungsangebotes dienen. Obwohl dieser Arbeitskreis beständig im Sinne der Qualitätssicherung tätig ist, haben sich im gesellschaftlichen- und fachlichen Kontext eine Vielzahl von einschneidenden Veränderungen ergeben bzw. sind in naher Zukunft zu erwarten, die umgehend einbezogen werden müssen, damit das Beratungsangebot zukunftsfähig bleiben kann.

Ein Schwerpunkt der nachfolgenden Darstellung und Diskussion wird die Ausgangssituation sein, wie sie sich aus der Sicht der Beratungsstellen in katholischer Trägerschaft ergibt. Dennoch kann davon aus-

¹ Derzeit sind im Deutschen Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung folgende Verbände zusammengeschlossen: Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V., Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V., Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V., Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Telefonseelsorge und Offene Tür e.V., PRO FAMILIA – Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V. Über die „Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft“ sind auch vertreten: Katholische Bundeskonferenz Ehe-, Familien- und Lebensberatung und der Bundesverband Katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und –berater e.V.

gegangen werden, dass sich die meisten Faktoren auch für die anderen freien Träger in gleicher Weise auswirken bzw. eingreifen.

Zentrales Anliegen ist es, die betroffenen Träger, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen darauf aufmerksam zu machen, dass eine fachliche Solidarisierung und Abstimmung notwendig ist, um die überdauernde Existenz der Institutionellen Beratung sicher zu stellen. Völlig unproduktiv in diesem Prozess wäre es, wenn jeder Verband auf Grund seiner persönlichen Kontakte z.B. zu Politikern und einflussreichen Organisationen, wegen seiner vermeintlichen besonderen Stellung bzw. auf Grund finanzieller und organisatorischer Voraussetzungen davon ausginge, allein für sich die optimalste Lösung zum Erhalt des Beratungsangebotes finden zu können.

Zunächst werden stichpunktartig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wichtige Einflussfaktoren zusammen gestellt, die derzeit und in naher Zukunft auf das Institutionelle Beratungsangebot einwirken oder dies noch tun werden. Diese werden dann im Hinblick auf mögliche Auswirkungen diskutiert und Vorschläge für einen weiterführenden Ansatz gemacht. Damit soll ein Impuls gesetzt werden, damit sich alle Angesprochenen daran beteiligen, einen gemeinsamen Weg zu finden, der sicherstellt, dass die niederschwellige psychosoziale Versorgung für die Gesellschaft auch tatsächlich ihren entsprechenden Beitrag leisten kann.

2.) Gesellschaftliches- und politisches Umfeld des Beratungsangebotes

- Die Politik und die Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen (Finanzen; Technik; Kommunikation; Verunsicherung bezüglich des Platzes des Beratungsangebotes als Bestandteil der Psychosozialen Versorgung; Stellenwert des Beratungsangebotes bei den unterschiedlichen freien Trägern; Übernahme von neuen Aufgaben durch die Beratung, weil dies politisch geboten oder gefordert wird; Stellenabbau in den Beratungsstellen; Senkung der Besoldungsstufen für die Planstellen in den Beratungsstellen; etc.) tragen dazu bei, dass die notwendige Kompetenz und der verpflichtende Auftrag der Gesellschaft an die Beratung aus dem Blick gerät (z.B. multidisziplinäres Team mit fachlichen Mindeststandards).
- In dem Bemühen um Transparenz und den Erhalt der Beratungsstellen werden umfangreiche Leistungskataloge vorgelegt, Beratungsleistungen in Aussicht gestellt, die unter personellen und fachlichen Gesichtspunkten auf die Dauer kaum umgesetzt und durchgehalten werden können. Dies führt dazu, dass das Bera-

tungsangebot zu einem „universal Heilmittel“ gegen die unterschiedlichsten Belastungen der Menschen in unserer Republik wird.

- Bei den freien Trägern, die z.B. im Bereich der Katholischen Kirche Beratungsangebote vorhalten, stellt sich unter vielfältigen Gesichtspunkten (Streichung der öffentlichen Zuschüsse, knapper werdende Kirchensteuereinnahmen, Verdeutlichung des kirchlichen Profils als ein Anbieter in der pluralistischen Gesellschaft, Neuorganisation regionaler- und überregionaler kirchlicher Strukturen etc.) die Frage nach der „Unverzichtbarkeit“ des Beratungsangebotes. Die derzeitige und die künftige Situation wird davon geprägt sein müssen, dass es transparente Arbeitsweisen und klare Zielvorgaben gibt. Diese sind dann durch die mit der Beratung erzielten Effizienz (efficiency, statistisch belegte Wirksamkeit) und die Effektivität (klinische Wirksamkeit) zu ergänzen. Nur auf diese Weise wird es zu sachgerechten Entscheidungen im Hinblick auf den Beitrag zum Gesamtangebot und Auftrag der Kirche kommen können, der dann auch mittelfristig Bestand haben kann.
- Die „Mediation“ wird über die Schiene der Politik, neben den nachweislichen Effekten, die sie bei der Trennungs-, Scheidungs- und problemorientierter Beratung zu erbringen in der Lage ist, zu einer Arbeitsweise gepuscht, die zum unverzichtbaren Bestandteil des Beratungsangebotes gehören soll und für viele Anlässe als *die* optimale Vorgehensweise beschrieben wird. Bisher mangelt es jedoch noch an der empirischen Grundlage die berechnen würde, eine Entscheidung in diese Richtung voranzutreiben. Nichtsdestotrotz soll Mediation nach der Meinung unterschiedlicher Gruppen aus dem Beratungssektor (z.B. *Decker, Lack-Strecker, Hiersemann & Paul, 2003; Bundesverband Katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und -berater e.V., 2003*) als Arbeitsweise unverzüglich zum festen Bestandteil des Angebotes gemacht werden.
- Es ergibt sich eine Konkurrenzsituation zwischen gewerblichen Anbietern im Bereich Beratung und Psychotherapie auf der einen Seite und der Institutionellen Beratung auf der anderen Seite. Für den öffentlichen Zuschussgeber kann sich bei einem oberflächlichen Vergleich auf der Basis der stundenbezogenen Honorarabrechnungen (Honorare in freien Praxen) gegenüber den Stellen, die eine institutionelle Förderung erhalten (auf der Grundlage der tatsächlich durchgeführten Beratungsstunden) dadurch eine Einsparungsmöglichkeit ergeben. Dies wäre jedoch ein Denk- und Rechenfehler, weil die Beratungsstellen darüber hinaus Leistungen erbringen, die dem über die persönliche Beratung (Einzel-, Paar-, Familien- und Gruppenberatung) hinaus gehenden Anforderungskatalog entsprechen (z. B. Prävention, fachliche Beglei-

tung, Mitarbeit in öffentlichen Gremien, Forschung und Weiterentwicklung beratungsspezifischer Methoden, Mitarbeit in den Medien, die wesentlichen Einfluss auf die Wertentwicklungen in der Gesellschaft haben, Auswertung der Erfahrungen zur Politikberatung).

3.) Aktuelle fachliche Grundlagen mit ihren Auswirkungen auf das Beratungsangebot

- Generell konnte sich die Institutionelle Beratung, zumindestens bezogen auf die Beteiligten Beratungsstellen, in zwei prospektiven Studien, wobei die zweite eine Replizierung der früheren Untersuchung war, als ein erfolgreiches Angebot für einen Großteil der Klienten erweisen (*Klann & Hahlweg, 1994; Klann, 2002*). Dennoch ist aus Verantwortung für die Gesamtklientel jedoch eine weitere Verbesserung der jeweiligen Arbeitsweisen, bezogen auf bestimmte Problembereiche und eine Anhebung der Effekte notwendig.
- Die Ausfallraten in den Beratungsstellen können als Impulsgeber für notwendige und weitere Anpassungsschritte des Beratungsangebotes genutzt werden (*Klann & Hahlweg, 1994; Klann, 2002*), um das Angebot zu verbessern oder weiter entwickeln zu können.
- Erhebungen zeigen, dass durchschnittlich 8 Anlässe, statt ein klar umschriebenes Problem, für das Aufsuchen der Beratungsstelle genannt werden. Nach erfolgreicher Beratung sind immer noch drei belastende Anlässe vorhanden. Man kann also in der Regel nicht von „dem Problem“ für die Kontaktaufnahme zur Beratung sprechen. Es lässt sich feststellen, dass die Problemlagen in der Rangreihe und in der Intensität ihrer Belastung über 25 Jahre stabile geblieben sind (*Hahlweg, 1996; Klann & Hahlweg, 1994; Klann, 2002*).
- Es gibt inzwischen eine Vielzahl von störungsorientiertem Wissen (*Schulte, Grawe, Hahlweg & Vaitl, 1998/2003; Schulte, Grawe, Hahlweg & Vaitl, 2004*), das die globalen Ansätze, wie sie sich vor allem in den psychoanalytisch orientierten Therapeutischen – Schulen entwickelt haben, hinsichtlich ihrer überprüften Effekte deutlich übertrifft. Dennoch werden daraus kaum Konsequenzen gezogen (*Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung / Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung, 2003; Lindemann, 2003; Oetker-Funk, Dietzfelbinger, Struck & Vogler, 2003; Schrödter, 2003a, 2003b*).
- Die Integration von empirisch belegten Ergebnissen und die daraus abgeleiteten Theorie- und Verstehensmodelle (z.B. *Banse, 2003; Bodemann, 2003; Grau & Bierhoff, 2003; Kaiser, 2003; Lö-*

sel, & Bender, 2003; Schneewind & Wunderer, 2003) geschieht, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich.

- Es gab in der Vergangenheit immer wieder Initiativen zur Zentrierung auf den Kernauftrag Institutioneller Beratung. 1993 wurde das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFuS) vorgelegt, welches den Versuch machte, einen Akzent zur „Familienorientierten Beratung“ als obersten Orientierungspunkt: „ Angesichts der großen Bedeutung, die den Beratungswesen familienpolitisch zukommt, ...“ (BMFuS, 1993, S.156), zu etablieren:.
- Die Ergänzung des Namens zur „Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision“ (EKFuL) und die Entwicklung eines neuen Curriculums für die Weiterbildung zur „Integrierten familienorientierten Beratung“ sind Ausdruck dafür, dass man den Entwicklungen auf den unterschiedlichsten Ebenen entsprechen möchte und mit einem umfassenden Theorie- und Praxisansatz Antworten auf die aktuellen Problemlagen geben möchten (*Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung / Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung*, 2003; Lindemann, 2003). Gleichzeitig gibt es Bemühungen, unterschiedlichste Vorgehensweisen für eine Weiterbildung zum Ehe-, Familien- und Lebensberater zu integrieren. Im Zentrum dieser Konzepte steht das Bemühen, die Kandidaten und Kandidatinnen zu einer möglichst umfassenden Beziehungskompetenz zu verhelfen. Dann werden, bezogen auf die zu erwartenden Problemfelder, exemplarische Angebote gemacht. Der Umfang ist an den Anlässen und der zur Verfügung stehende Zeit orientiert (Hessdörfer, 1995, 2003).
- Die Veranstalter der Jahrestagung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung (DAJEB) haben 1995 mit ihrem Beitrag „Neue Berater braucht das Land – verändertes Anforderungsprofil an die Beraterinnen und Berater von morgen“ den Versuch einer Weichenstellung gemacht. Auf der Grundlage von empirisch gewonnen Erkenntnisse wurde ein Ansatz vorgestellt (Klann, 1995).
- Die Diskussionen um die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft – Beratungswesen“ zeigen, wie bei der Suche nach einem allgemein akzeptierten Titel, der dem Grundlagenpapier, welches die gemeinsame Arbeitsbasis darstellen wird, vorangestellt werden soll, unterschiedlichste Vorschläge (Nestmann, 1997; Sickendiek, Engl & Nestmann, 1999; Straumann, 2001) gemacht werden, die die Vielfalt der Ansätze verdeutlichen. Häufig sind sie ausschließlich theorieorientiert und haben selten ein empirisch begründetes Fundament.

- Der Ansatz der Gemeindeorientierung und der systemische Beratungsansatz nehmen auf das *Beratungsverständnis* Einfluss und setzen Akzente, die das derzeitige Profil deutlich beeinflussen. Dieser Anspruch überfordert offensichtlich nicht wenige Mitarbeiter.
- Die Institutionelle Beratung würde sich weit unter Wert verkaufen, wenn sie ausschließlich als „Reparaturwerkstatt“ tätig wird. Denn es ist immer besser, dass „Schwimmen zu lehren als Rettungsringe zu verteilen“. Aus diesem Grunde ist im Hinblick auf eine notwendige Prävention die Beratungserfahrung auszuwerten und daraus Initiativen zu entwickeln. Hierzu gibt es inzwischen einige Ansätze, die aber weiter entwickelt und ergänzt werden müssen (*Hahlweg & Bodenmann, 2003; Saßmann, Braukhaus & Hahlweg, 2000; Saßmann & Klann, 2002*).
- Bezogen auf die 1875 Beratungsstellen, die im Deutschen Arbeitskreis für Jugend-, Ehe-, Familienberatung (Deutscher Arbeitskreis) repräsentiert sind und die ca. 250 000 Klienten und 200 000 Familienmitglieder, die schwerpunktmäßig über die Erziehungsberatung erreicht werden, gibt es wenige Untersuchungen, die die Effekte des Angebotes darstellen und transparent machen. Neben einer überschaubaren Anzahl von retrospektiven Erhebungen (ca. 15, von denen der größte Teil im Eigenverlag und nur 5 [*Esser et al., 1999; Fachstelle für Psychologische Beratung in Ehe-, Familien- und Lebensberatung in der Diözese Rotenburg/Stuttgart, 2000; Lücke, 2003; Vennen, 1992; Wilbertz, 1999*] der Fachöffentlichkeit zur Verfügung stehen), gibt es inzwischen einige prospektive Studien, die als Veröffentlichungen vorliegen (*Klann & Hahlweg, 1994; Klann, 2002, Kröger, Wilbertz & Klann, 2003; Kröger & Sanders 2002, Sanders, 1997*). Das durch diese Untersuchungen gewonnene Erkenntnispotenzial gilt es für die Beratungsarbeit zu nutzen. Darüber hinaus müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Forschungsvorhaben gewonnen werden, um die anstehenden Fachfragen mit geeigneten Untersuchungen beantworten zu können.
- Die Entwicklung von diagnostischen Instrumenten aus der- und für die Beratung hat begonnen und muss weiter intensiviert werden (*Hahlweg, 1996; Klann, Hahlweg & Hank, 1992; Klann, Hahlweg, Snyder & Limbird, 2004* im Druck). Nur auf diesem Wege kann ein fach- und sachgerechtes Arbeiten in der Zukunft sichergestellt werden. Inzwischen gibt es Übersichtsarbeiten zur Partnerschaftsdiagnostik (vgl. *Banse, 2003*), die auf theoretischer Ebene eine Entscheidungsabwägung ermöglichen. Die Mitgliedsverbände im Deutschen Arbeitskreis haben als gemeinsames Projekt inzwischen ein zweites völlig überarbeitete Manual zu Diagnostik vorgelegt (*Klann, Hahlweg & Heinrichs, 2003*). Mit dieser

Publikation soll die tägliche Beratungspraxis unterstützt und gefördert werden.

- In Anlehnung an weltweit gemachte Erfahrungen (z.B. *Markman*, 1981, 1984) konnten Konzepte zur Prävention gezielt für die Partnerschaft- und Eheberatung adaptiert und in prospektiven Studien auf ihre Wirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland geprüft werden (u. a. „Ein partnerschaftliches Lernprogramm“: *Engl* 1997; *Hahlweg, Thurmaier, Engl, Eckert & Markman*, 1993; *Thurmaier*, 1997; *Thurmaier, Engl, & Hahlweg*, 1998). Diese und inzwischen neuentwickelte weitere Projekte haben das präventive Angebot aus- und für den Beratungssektor vergrößert. Inzwischen gibt es ein eigenes Konzept, welches auf der Grundlage dieser Erkenntnisse entwickelt wurde und jetzt als ein Element „Kommunikationskompetenz – Training in der Paarberatung“ (KOMKOM) für die Beratungsarbeit evaluiert und eingeführt wird (*Engl & Thurmaier*, 2003; *Thurmaier*, 2001). Damit wird die Angebotspalette für die tägliche Beratungsarbeit ergänzt.
- Als eigenes Element, unter Einbeziehung der neueren Erkenntnisse aus der empirischen Forschung, wurde das Verfahren „Partnerschule“ von *Sanders* (2000) entwickelt und in die Beratungsarbeit etabliert. Parallel wurden umfangreiche prospektive Untersuchungen zur Ergebnisqualitätssicherung dieser Arbeitsweise durchgeführt (*Kröger & Sanders*, 2002; *Sanders*, 1997). Dieser Ansatz ist einer der ersten Versuche eines Kollegen aus der Institutionellen Beratung dem Anspruch gerecht zu werden, dass die Beratung über *eigene* Arbeitsweisen zur Problembearbeitung verfügt, die sich von den ausschließlichen therapeutischen Strategien unterscheiden und empirisch auf ihre Wirksamkeit untersucht wurden.

3.) Diskussion der Umfeldbedingungen und des fachlichen Entwicklungsstandes

Das aufgezeigte gesellschaftliche und politische Umfeld des Beratungsangebotes sowie die aktuellen fachlichen Entwicklungen stellen sich für die Institutionelle Beratung als Wendemarken dar.

Die aus organisatorischen- und finanziellen Vorgaben abgeleiteten Hinweise zur Zusammenlegung und Personalreduzierung müssen z.T. kritisch bewertet werden. Neben den damit vielleicht erzielten Synergiegewinnen, kann dabei nicht übersehen, dass auf diesem Weg Einbußen auf fachlicher Ebene eintreten können. Die Vielzahl der unterschiedlichen Anlässe für das Aufsuchen der Stellen sind nur zu bearbeiten, wenn dort ein multidisziplinäres

Team zur Verfügung steht. Auch wenn die Teams selbst noch nicht die optimale Nutzung für die Ratsuchenden durch entsprechender Kooperation etc. gefunden haben, liegt darin der große Zugewinn für die Personen, die sich an die Institutionelle Beratung wenden (*Hurtienne, 2003*). Zusätzlich muss der Vorstellung widersprochen werden, dass *jede* Grundqualifikation und unspezifische Weiterbildungen hinreichend zur Mitarbeit in den Beratungsstellen qualifizieren, um den vielfältigen Problemfeldern fachlich adäquat gerecht werden zu können. Um dies erreichen zu können, sind ausreichende Kenntnisse um das störungsbezogene Wissen notwendig, welches empirisch abgesichert sowohl für Fachleute wie auch für Betroffene vorliegt. Globale Ansätze, wie sie z.B. die Tiefenpsychologie und einige andere Therapieschulen anbieten, sind nicht ausreichend. Denn es ist nicht ohne weiteres bei der Beratung davon auszugehen, dass Transfer- und Analogiebildungen, die sich aus dem jeweiligen theoretischen Ansatz ableiten lassen, in der Lage sind, auf den größten Teil der Klientenprobleme gezielt eine Antwort geben zu können. Die Problemlagen der Ratsuchenden sind differenzierter (z.B. durchschnittlich 8 unterschiedliche Problembereiche zum Beginn der Beratung), als die Ansätze zur Problemlösung suggerieren. Für die damit vermeintlich in der Beratung zu erzielenden Effekte gibt es keine ausreichenden Belege durch entsprechende Studien. Von daher müssen Weiterbildungsangebote, die eine umfassende Qualifizierung für unterschiedlichste Aufgabenfelder in Aussicht stellen als fragwürdig eingeschätzt werden. In jedem Fall sind sie noch den Beleg für ihre Effektivität schuldig. Ähnliche Fragen entstehen, wenn die Entwicklungen in den Fachhochschulen betrachtet werden. Die dort zu erwartenden Qualifizierungen vermitteln eher Grundfertigkeiten, die bezogen auf die Klienten in den Beratungsstellen, noch nicht ausreichen dürften. Auch dort fehlt häufig eine empirisch abgesichert Basis für das Curriculum, welches dem Studiengang zugrunde liegt.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die einschlägige Forschung sowohl im Bereich der Universitäten wie auch an den Fachhochschulen den Beratungsbereich in der Vergangenheit vernachlässigt haben. Diese Lücke ist für den Fortbestand dieses Angebotes und aus ethischen Gründen unverzüglich zu schließen.

Eine Antwort auf die knapper werdenden Finanzmittel (Öffentliche Zuschussgeber, Träger von Beratungsstellen) könnte in einer konsequenten Arbeitsteilung und intensiven Vernetzungen bei dem bzw. zwischen dem Fachpersonal einer Region gesehen werden. Dies ist in den Stellen selbst, zwischen den Angeboten eines Trägers und trägerübergreifend zu realisieren. Nur auf die-

sem Wege wird sichergestellt werden können, dass die psychosoziale Versorgung auch angemessen realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang hat die Frage nach der Zuständigkeit einen hohen Stellenwert. Es muss Klarheit darüber bestehen, welche Angebote und Kompetenzen vorhanden sind, damit von einer z.B. speziell ausgebildeten Fachkraft nicht Aufgaben übernommen werden, die von anderen auch gleich gut bearbeitet werden könnten. Vielleicht bekommen die „Psychosozialen Arbeitskreise“ der Regionen auf diese Weise einen neuen Stellenwert. Auf diese Weise werden die speziellen Erfordernisse einer Region zum Bezugspunkt von Angeboten der Träger von Stellen, werden sie relevant für Anstellungsfragen bezüglich geeigneter Qualifikationen, Impulsgeber für persönliche und kollektive Fortbildung und damit zu einer begründeten und für die Allgemeinheit „gewinnbringenden“ finanziellen Investition.

Die Konkurrenz zwischen freien Anbietern von Beratung (freie Praxen) und der Institutionellen Beratung ist auf dem Feld der nachgewiesenen Effekte zu prüfen und zu beantworten. Wenn die Verantwortlichen für die Steuermittel die Frage stellen, was ihre Investition erbringt, müssen sie den Nachweis einfordern, was bei den Anbietern auf der Ebene der Ergebnisqualitätssicherung herauskommt. Jeder einzelne Anbieter sollte den Beleg vorlegen können, was mit seiner Arbeit erreicht wird (erzielte Effizienz und Effektivität). Dieser Nachweis ist auf dem jeweils aktuellen wissenschaftlichen Niveau zu führen. Die Institutionelle Beratung hat dafür Instrumente entwickelt, die dazu beitragen, diese Fragen zu beantworten. Hinter diesem Anspruch kann im Interesse der Klienten und dem verantwortungsvollen Einsatz der öffentlichen Finanzmittel nicht zurück gegangen werden.

Ein Qualitätsmerkmal der Institutionellen Beratung besteht in den multidisziplinären Teams. Diese entsprechen in ihrer Zusammensetzung im Hinblick auf die Grundqualifikationen dem Beratungsbedarf der jeweiligen Region. Der Deutsche Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (Deutscher Arbeitskreis) hat Mindeststandards (Fachliche Standards von Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen; Grundsätze fachlichen Handelns in der Institutionellen Beratung) festgelegt, die sicherstellen sollen, dass ein geeignetes Beratungsangebot gemacht wird. Mit diesen und anderen Vereinbarungen bzw. Absprachen werden gleichzeitig die Bedingungen für einen entsprechenden Verbraucherschutz erfüllt, wie sie z.B. durch die Gesetzesinitiativen der Bundesländer Hamburg und Bayern angezielt wurden bzw. werden (*Deutscher Arbeitskreis*, 2001).

Zur weiteren Absicherung der Fachlichkeit der Arbeit in den Stellen werden die dort arbeitenden Fachkräfte noch von einem Konziliarteam von externen Fachleuten unterstützt. Dieses breit gefächerte Angebots- und Unterstützungsnetzwerk stellt sicher, dass Ratsuchende keine langen Wege in Kauf nehmen müssen, um für ihre besondere Situation die erwartete Unterstützung zu bekommen. Dies führt dazu, dass diese Beratungsstellen zum einen Clearingsfunktionen im Sinne des „Hausarztmodells“ übernehmen, intern bzw. extern durch Absprachen zu optimalen Zuordnungen und/oder Überweisungen kommen, so dass schnellstmöglich Angebote zur Unterstützung und/oder Problembewältigung gemacht werden können. Dieses Netzwerk ist bis jetzt noch wenig im Hinblick auf seine Effizienz und Effektivität überprüft, was umgehend erfolgen müsste, um den „Mehrwert“ verdeutlichen zu können, der sich sowohl für die Ratsuchenden wie auch Träger und Finanzgeber aus einer solchen Angebotsstruktur ergibt.

Wenn Zuständigkeiten geklärt und klare Arbeitsteilungen erfolgen sollen, besteht die Notwendigkeit einer geeigneten Diagnostik. Hierzu sind inzwischen erste Ansätze vorgelegt worden. Diese Instrumente werden jedoch in der täglichen Beratungspraxis kaum eingesetzt. Sie werden als Fremdkörper und die Beziehung zu den Klienten störend betrachtet. Dabei wird häufig *übersehen*, dass die Klienten auf Grund einer Eigendiagnose kommen und in der Regel von einer ganzen Anzahl von Problemfeldern belastet sind. Deshalb ist Sondierung geboten und eine Auswahl notwendig. Der Beratungserfolg könnte auch dadurch gesteigert werden, wenn zunächst mit einem „mittelschweren“ Bereich die Zusammenarbeit eröffnet wird. Dann entsteht eine positive Perspektive, die die Beratungsarbeit unterstützt und sich bei schwierigen Situationen und/oder Anlässen auswirken kann. Bei einer systematischen Sammlung der Diagnosen ergeben sich für das Fachpersonal in den Stellen Impulse für die eigene Fortbildung und Möglichkeiten unterschiedliche Beratungsstrategien auf ihre Effekte hin zu untersuchen. Dabei können Fragebögen eine wichtige Unterstützung sein. Bei entsprechendem Interesse sind damit die Grundlagen für eine „Beratungsbegleitenden Forschung“ gegeben. Die notwendigen fachlichen- und technischen Voraussetzungen konnten hierfür inzwischen geschaffen werden und liegen vor.

Obwohl erste Ergebnisse einer kontinuierlichen Beratungsbegleitenden Forschung publiziert wurden (weltweit größte Studie aus dem Beratungsbereich), können damit noch keine Aussagen über das gesamte Beratungsangebot gemacht werden. Die Einladung zur Mitarbeit an den Projekten ist an alle Kollegen und Kolleginnen z.B. der katholischen Beratungsstellen erfolgt. Von diesen hat

nur 1% aktiv mitgearbeitet. Deshalb besteht hier noch ein großer Bedarf an einer weiteren Erschließung von Mitarbeitern in diesem Sektor. Nur auf diesem Weg werden wir gesicherte Auskünfte über unsere Fertigkeiten und Kompetenzen erlangen. Dieses Wissen wird uns in die Lage versetzen unser Angebot transparenter, den Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion verbessern und für die politische Diskussion geeignete Argumente zu haben. Gleichzeitig liegen dort auch die Quellen, um aus unserer Arbeit präventive Impulse ableiten zu können.

Eine lückenlose Dokumentation unserer Arbeit wird auch dazu führen, mehr über die Klienten, die die Beratung einseitig beenden und ihre Gründe dafür zu erfahren und somit das Angebot anpassen und/oder verbessern zu können.

Die kontinuierliche Forschungsarbeit liefert außerdem die Belege für die Zuschussgeber, dass eine finanzielle Förderung des Beratungsangebotes gesundheitspolitisch relevant und somit die Kommunen u.a. von Folgekosten (z.B. bei Trennung und Scheidung) deutlich entlastet. Dies wird eine Aufgabe für die Zukunft sein, der wir uns stellen müssen.

Da die Träger und Mitarbeiter in der Institutionellen Beratung selber kaum über das notwendige wissenschaftliche Potential verfügen, eine qualifizierte Forschung durchführen zu können, ist eine Zusammenarbeit mit entsprechenden Universitäten und Institutionen dringend geboten. Um dabei effizient vorgehen zu können, ist auch in diesem Bereich eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit zwischen allen in der Beratung tätigen Organisationen und Verbänden notwendig.

In den letzten Jahren sind einige standardisierte Vorgehensweisen und Verfahren entwickelt und evaluiert worden, die auch für die Arbeit in den Beratungsstellen von Relevanz sind. Diese entsprechen auch den Problemlagen einiger Klienten, die klare Vorstellungen von den zu erreichenden Zielen haben und dafür ein geeignetes Angebot erwarten. Je nach Beratungsansatz sollten die fachlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einer Stelle, Region über solche Angebote informiert sein bzw. selber eine Fortbildung für den Einsatz dieser Programme absolviert haben. Mit einer breiten Streuung von Info-Broschüren in der Bevölkerung einer Region zu diesen Angeboten könnte eine wesentliche Arbeit im Bereich der Prävention geleistet werden. Zum einen würden schlimmere Entwicklungen verhindert und der Zugang zu den Beratungsstellen erleichtert werden. Diese Angebote haben den Vorteil, dass sie überschaubar, zeitlich begrenzt und von dem zu erwartenden Effekt her transparent sind. Damit wird der Autonomie dieser Zielgruppe von Klienten und ihrer Eigenverantwortung entsprochen.

Die Tatsache, dass es bezüglich der vorgestellten Probleme im Rahmen der Partnerschaft- und Eheberatung über einen Zeitraum von 25 Jahren hinsichtlich der Rangreihe und des Belastungsmaßes eine nachgewiesene Konstanz gibt, sollte Konsequenzen haben. Hier sind zunächst Ansätze für die Prävention gegeben. Diese könnten in der Schule, bei ehevorbereitenden- und –begleitenden Angeboten strukturierend wirken und Lernziele vorgeben. Dieser Problemkatalog könnte außerdem als Vorgabe für die Qualifizierung und Fortbildung des Fachpersonals in den Stellen gelten, die Paarberatung anbieten. Gleichzeitig wäre er auch eine geeignete Grundlage, um Informationsbroschüren zu erstellen, mit dem auf das Beratungsangebot aufmerksam gemacht werden kann. Es könnte klar umschriebene Angebote vorgestellt werden, die für den größten Teil derer, die in einer Paarbeziehung leben, von Wichtigkeit sind. Ein frühes Aussuchen der Stellen trägt dazu bei, dass negative Eskalationen, die in der Regel folgenreich für die Beziehung sind, vermieden werden können.

Die Leistungskataloge der Beratungsstellen, mit ihrem konkreten Bezug zum Bedarf der jeweiligen Region, sind nicht nur für die Personen eine Orientierung, die sich überlegen, Unterstützung in Anspruch zu nehmen, sondern können auch bei der Aushandlung der Aufgaben zur psychosozialen Versorgung mit den Vertretern aus der Politik eine Hilfe sein. Wenn alle Anbieter gemeinsam als Anwalt der Betroffenen und Ratsuchenden auftreten, kann der Leistungskatalog zur Basis für Entscheidungen werden. Wenn finanzielle Kürzungen anstehen, sollen die Verantwortlichen *genau* sagen, welche Leistungen nicht mehr zu erbringen sind. Damit kann eine öffentliche Diskussion angestoßen werden, die dann nicht mehr ausschließlich in den Beratungsstellen und bei den Trägern der Stellen stattfindet, wie man am besten den Klienten gerecht werden kann. Auf diese Weise werden die Verantwortlichen in die Pflicht genommen, was zur Entlastung der Träger und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Stellen beitragen wird.

4.) Konsequenzen für das Beratungsangebot

- Die unterschiedlichsten Felder (Jugend-, Partnerschafts-, Ehe-, Erziehungs-, Familien-, Lebens-, Schwangerschaftskonflikt-, Schwangerenberatung etc.) sind Bestandteil der Institutionellen Beratung. Wenn es sich bei dem Aufsuchen der Stellen ausschließlich um Fragen einer „Grundorientierung“ handeln soll, ist zu prüfen, ob der damit verbundene Auftrag ausreichend und sachgerecht ist. Das bestehende regionale Informations- und Unterstützungsnetz für diese Art der Orientierungshilfe ist deshalb im

Hinblick auf einen Verweis (Angebote aus der Pädagogik, Familienbildung, Seelsorge, präventive Angebote etc.) zu prüfen. Dieses Netz ist der unverzichtbare Kooperationspartner eines sach- und fachgerechten Beratungsangebotes als Bestandteil der Psychosozialen Versorgung einer Region (*Saßmann & Klann, 2002*).

- Dieser Ansatz hat zur Konsequenz, dass das jeweilige Beratungsangebot seinerseits für sich klar erarbeitet haben muss, was sein charakteristische Angebot ist, aus welchen Bestandteilen es sich zusammensetzt, wie die damit verbundenen Voraussetzungen aussehen und erfüllt werden können. Dies ist eine Fragestellung, die sich sowohl grundsätzlich stellt wie auch auf die Bedürfnisse einer Region bezogen werden müssen.
- Da jeder Lebensraum (Stadt, Land, Kreis etc.) charakteristische Strukturen bei den Problemfeldern der Klienten aufweist, ist dies bei der Planung und dem Fortbestand der Beratungsstellen zu berücksichtigen. In diesem Kontext sind besonders die freien Träger und die in der Politik Verantwortlichen in der Pflicht. Der öffentliche Zuschussgeber wird dafür sorgen müssen, dass die Grundstrukturen geschaffen und erhalten bleiben. Die subsidiär tätig werdenden freien Träger sind gemeinsam in der Verantwortung, eine regionalbezogene Abstimmung des Angebotes vorzunehmen, um im Interesse der Ratsuchenden „Doppelungen“ und „Leerstellen“ im Angebotsnetz zu vermeiden. Wenn eine Aufgabenteilung erfolgt, wird diese auch Auswirkungen für die Auswahl bei der Anstellung des Fachpersonals, wie für eine gezielte Fortbildung der in den Stellen tätigen Personen haben müssen. Auf diesem Weg kann im Allgemeininteresse eine Optimierung des Angebotes erreicht werden. Dabei steht die fachliche Kooperation und Integration vor der räumlichen Zusammenführung der Aufgabenfelder.
- Die vorhandenen Träger, Verbände, Arbeitsgemeinschaften, Organisationen und Einrichtungen auf der Fachebene (z. B. Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe-, Familienberatung [Deutscher Arbeitskreis], Arbeitsgemeinschaft für Beratungswesen (Arbeitstitel) und die entsprechenden therapeutischen Verbände sowie Fachhochschulen und Universitäten) sind im Interesse der Ratsuchenden und wegen des optimalen Einsatzes der finanziellen Mittel zum Gemeinwohl in der Pflicht, die Grundlagen für das fachliche Handeln immer wieder dem neusten Wissensstand anzupassen. Hier gibt es augenblicklich erste Ansätze, obwohl für viele in der Beratung tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort noch Barrieren gesehen werden, die als unüberwindlich angesehen werden. Somit ist die „Teambildung“ auch auf diese Strukturebene dringend geboten, wie dies für jede Beratungsstelle und für die Stellen einer Region notwendig ist.

- Die verstärkte Kooperation ist die Grundlage für eine weitere wissenschaftliche Fundierung des Angebotes. Hier liegt die Anbindung der Forschungstätigkeit an die Universitäten und Fachhochschulen nahe. Diese ist zu koordinieren, damit gezielt und aufeinander abgestimmt für das Beratungsangebot repräsentative Ergebnisse erreicht werden können. Die Methoden- und Arbeitsvielfalt ist die valide Grundlage, um alle Möglichkeiten zur Unterstützung für die Ratsuchenden prüfen und dann die effektivsten auswählen zu können. Damit ist auch ein persönlicher Anspruch an jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter der Beratungsstellen verbunden, die eigene Tätigkeit durch eine beratungsbegleitende Forschung kontinuierlich zu evaluieren.
- Sowohl die öffentlichen Zuschussgeber, wie auch die freien Träger investieren in den Beratungsbereich viele Gelder. Auf diese Weise wird versucht, den schlimmsten Situationen und Folgen von partnerschaftlichen und/oder familiären Konflikten begegnen zu können. Unausgesprochen verbindet sich damit die Erwartung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beratungsstellen auch immer über die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse verfügen, um den Klienten ein angemessenes Angebot machen zu können. Dies ist nicht in allen Fällen gegeben. Die Entwicklungen in der Gesellschaft und im wissenschaftlichen Bereich sind vielmehr eine kontinuierliche Herausforderung, der immer wieder neu begegnet werden muss. Aus diesem Grunde scheint es gerechtfertigt, zu überlegen, wie man diesem Anspruch unter knapper werdenden Finanzmitteln gerecht werden kann. Ein Möglichkeit besteht darin, das für jeden Klienten 1,00 € für Forschungsvorhaben bereitgestellt wird. Diese Summe ist gemeinsam von der öffentlichen Hand als Zuschussgeber und den freien Träger bereitzustellen, damit das Beratungsangebot kontinuierlich verbessert werden kann.
- Derzeit gehört zum Beratungsangebot ein präventiver Arbeitanteil von ca. 15%. Diese Vorgabe wird selten eingelöst. Wenn dies aus unterschiedlichen Gründen nicht gelingt, kann aber nicht darauf verzichtet werden, dass die anfallenden Beratungserfahrungen aufgearbeitet und damit für präventive Initiativen genutzt werden. Dies muss als „Bringschuld“ der Beratung an die Gesellschaft verstanden werden.
- In gleicher Weise sind die Erfahrungen aus der täglichen Beratungspraxis für die Politik- und Kirchenberatung auszuwerten und den entsprechenden Zielgruppen vorzutragen und zu erschließen. Hiermit kann die Beratung „Anwaltsfunktionen“ und eine systematische „Seismografentätigkeit“ wahrnehmen.

5) Resümee

Das aktuelle und zukünftige Gemeinwohl ist in großem Maße davon abhängig, wie Kinder und Jugendliche bei ihrer Entwicklung zu kooperativen und verantwortlichen Mitgliedern für diese Gesellschaft unterstützt werden. Vielfältige Untersuchungen belegen, dass die Beziehungsqualität der Eltern untereinander auf diesen Prozess einen großen Einfluss hat (*Cummings & Davies, 1994, 2002; Grych & Fincham, 1990*). Um dieses Ziel zu erreichen, investiert die Gesellschaft einen Teil des Steueraufkommens in die Institutionelle Beratung. Dieser Einsatz begründet die implizierte Erwartung, dass dort Arbeitsweisen und Verfahren zum Einsatz kommen, die wissenschaftlich fundiert sind. Sie sollten die notwendige Partnerschaftskompetenz vermitteln, damit sich eine ausreichende Beziehungsqualität entwickeln kann. Dies hat aus Verantwortung der Gesellschaft gegenüber nach den Maßgaben der Suffizienz zu geschehen: mit dem geringsten Einsatz das optimalste Ergebnis erzielen.

Zusammenfassung

Es gibt eine Vielzahl von Einflussfaktoren, die aktuell moderierend auf das Beratungsangebot, wie es derzeit von freien Trägern in der Bundesrepublik (Institutionelle Beratung) vorgehalten wird, Einfluss nehmen. Es werden die unterschiedlichen intervenierenden Faktoren aus Politik, Gesellschaft und auf Grund der fachlichen Entwicklungen dargestellt. Ihre Gewichtung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden erläutert. Es werden Perspektiven entwickelt und Vorschläge unterbreitet, wie sich die Institutionelle Beratung mittelfristig, wegen der zu leistenden Aufgaben, verändern sollte.

Schlagwörter: Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Prävention, Qualitätsmanagement, Beratungsbegleitende Forschung

Summary

There are a number of factors that influence the type of counselling offered currently by the non-governmental organisations within Germany (institutionalised counselling). The interfering factors within politics, society and subject development are presented. Their individual importance and consequences are explained. From these explanations a perspective is developed and suggestions are made how institutionalised counselling, in order to meet its' challenges should move forward in the medium term.

Keywords: Marriage-, Family- and Lifecounselling, Prevention, Quality Management, Counselling Research

Literatur

- Banse, R. (2003): Partnerschaftsdiagnostik. In I. Grau & H.W. Bierhoff (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S. 13-42). Berlin: Springer.
- Bodenmann, G. (2003): Die Bedeutung von Stress für die Partnerschaft. In I. Grau & H.W. Bierhoff (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S. 481-504). Berlin: Springer.
- Bundesministerium für Familie und Senioren [BMFuS] (Hrsg.). (1993): *Familie und Beratung – Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie und Senioren*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Bundesverband Katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und –berater e.V. (Hrsg.). (2003): *Mediation im Kontext institutioneller kath. Ehe-, Familien- und Lebensberatung – Diskussionspapier*. Marburg: Eigenverlag.
- Cummings, E.M. & Davies, P.T. (1994): *Children and marital conflict*. New York: Guilford Press.
- Cummings, E.M. & Davies, P.T. (2002): Effects of marital conflict on children: Recent advances and emerging themes in process-oriented research. *Journal of Child Psychology and Psychiatry*, 43, 31-63.
- Decker, F., Lack-Strecker, J., Hiersemann, J. & Paul, C.C. (2003): Familienmediation. Das „Amt der Versöhnung“ in der interdisziplinären Praxis Evangelischer Beratungsarbeit mit (Eltern-)Paaren. Struktur und Inhalt der Weiterbildungs-Curriculums am EZI. In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision*. Mai 2003, 103-112.
- Deutscher Arbeitskreis für Jugend-, Ehe- und Familienberatung (Hrsg.). (2001): *Grundsatztexte des Deutschen Arbeitskreises für Jugend-, Ehe- und Familienberatung*. Frankfurt: pro familia Bundesverband.
- Engl, J. (1997): *Determinanten der Ehequalität und Ehestabilität – Eine fünfjährige Längsschnittstudie an heiratswilligen und jungverheirateten Paaren*. München: Institut für Forschung und Ausbildung in Kommunikationstherapie.
- Engl, J. & Thurmaier, F. (2003): KOMKOM – Kommunikationskompetenz – Training in der Paarberatung. Konzeption und erste Erfahrungen. In R. Oetker-Funk, M. Dietzfelbinger, E. Struck & I. Vogler (Hrsg.): *Psychologische Beratung – Beiträge zu Konzepten und Praxis* (S. 177-196). Freiburg: Lambertus.
- Esser, A., Hellhammer, D., Jäger, G., Prinz, M., Roth, X., Smolic, R. & Wald, B. (1999): *Forschungsprojekt: Qualitätssicherung psychologischer Beratungstätigkeit in den integrierten Beratungsstellen in Trägerschaft des Bistums Trier*. Trier: Eigenverlag.
- Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung / Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision e.V. (Hrsg.). (2003): *Weiterbildung in Psychologischer Beratung mit Einzelnen, Paaren und Familien – Integrierte familienorientierte Beratung*. Berlin: Eigenverlag.
- Fachstelle für psychologische Beratung in Ehe-, Familien- und Lebensfragen in der Diözese Rottenburg/Stuttgart (Hrsg.). (2000): „... das machte mir Mut ...“. *Psychologische Beratung im Rückblick von Ratsuchenden und BeraterInnen. Dokumentation einer Nachbefragung in den psychologischen Beratungsstellen der Diözese Rottenburg-Stuttgart und der Evangelischen Kirchenbezirke Aalen, Balingen, Stuttgart, Tübingen und Tuttlingen* (1998 – 1999). Rottenburg: Eigenverlag.
- Grau, I. & Bierhoff, H.W. (Hrsg.). (2003): *Sozialpsychologie der Partnerschaft*. Berlin: Springer.
- Grych, J.H. & Fincham, F.D. (1990): Marital conflict and children's adjustment: A cognitive-contextual framework. *Psychological Bulletin*, 108, 267-290.
- Hahlweg, K. & Bodenmann, G. (2003): Universelle und indizierte Prävention von Beziehungsstörungen. In Grau, I. & Bierhoff, H.W. (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S. 191-217). Berlin: Springer.
- Hahlweg, K. & Klann, N. (1997): The effectiveness of marital counseling in Germany: A contribution to health services research. *Journal of Family Psychology*, 4, 410-421.
- Hahlweg, K. (1996): *Fragebögen zur Partnerschaftsdiagnostik (FPD)*. Göttingen: Hogrefe.
- Hahlweg, K., Thurmaier, F., Engl, J., Eckert, V. & Markman, H. J. (1993): Prävention von Beziehungsstörungen. *System Familie*, 6, 89-100.
- Hessdörfer, S. (1995): *Ehe-, Familien- und Lebensberatung, ein Ausbildungskonzept*. München: Institut für Forschung und Ausbildung in Kommunikationstherapie.
- Hessdörfer, S. (2003): Zur Methodenintegration in der Ehe-, Familien- und Lebensberatung. In R. Oetker-Funk, M. Dietzfelbinger, E. Struck & I. Vogler (Hrsg.): *Psychologische Beratung – Beiträge zu Konzepten und Praxis* (S. 105-124). Freiburg: Lambertus.

- Hurtienne, K., (2003): Das integrierte Team im Spiegel der Empirie. In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision*. 4, 44.
- Kaiser, P. (2003): Transgenerationale Interaktion und Partnerschaft. In I. Grau & H.W. Bierhoff (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S. 111-136). Berlin: Springer.
- Kinzinger, W. (2003): „Beratung – quo vadis? Phantasien zu einer (un-)gewissen Zukunft“ In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision*. 4, 38-42.
- Klann, N. (1995): Neue Berater braucht das Land – Verändertes Anforderungsprofil an die Beraterinnen und Berater von morgen. In *Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e.V. (DAJEB) – Informationsschreiben* 191, 39-45.
- Klann, N. (2002): *Institutionelle Beratung ein erfolgreiches Angebot. Von den Beratungs- und Therapieschulen zur klientenorientierten Intervention. Feldstudie zur Ergebnisqualität in der Partnerschafts- und Eheberatung*. Freiburg: Lambertus.
- Klann, N. & Hahlweg, K. (1994): *Beratungsbegleitende Forschung – Evaluation von Vorgehensweisen in der Ehe-, Familien- und Lebensberatung und ihre spezifischen Auswirkungen*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Klann, N., Hahlweg, K. & Hank, G. (1992): Deutsche Validierung des „Marital Satisfaction Inventory“ (MSI) von Snyder (1981). *System Familie*, 5, 10-21.
- Klann, N., Hahlweg, K. & Heinrichs, N. (2003): *Diagnostische Verfahren für die Beratung. Materialien zur Diagnostik und Therapie in Ehe-, Familien- und Lebensberatung* (2., vollständig überarbeitete Aufl.) Göttingen: Hogrefe.
- Klann, N., Hahlweg, K., Snyder, D. & Limbird, C. (2004 im Druck): *Einschätzung von Partnerschaft und Familie (EPF). Deutsche Form des Marital Satisfaction Inventory – Revised MSI-R von Snyder*. Göttingen: Hogrefe.
- Köhne, J. (1976): Eheberater/in ein neuer Beruf. Geschichtliche Entwicklung und derzeitiges Verständnis. *Partnerberatung*, 13, 91-105.
- Kröger, C., Wilbertz, N. & Klann, N. (2003): Wie wirksam ist Ehe- und Paarberatung? Ergebnisqualitätssicherung in den katholischen Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen. In *Beratung Aktuell*, 4, 136-157.
- Kröger C. & Sanders R. (2002): Klärung und Bewältigung von Partnerschaftsstörungen in und mit Gruppen. Effektivität und Effizienz des paartherapeutischen Verfahrens Partnerschule. In *Beratung Aktuell*, 4, 176-195.
- Lindemann, F.-W. (2003): Integrierte familienorientierte Beratung . Ideologie und Realität. In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision*. 4, 24-28.
- Lösel, F. & Bender, D. (2003): Theorien und Modelle der Paarbeziehung. In I. Grau & H.W. Bierhoff (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S. 13-42). Berlin: Springer.
- Lücke, H. (2003): Nachbefragung von Ratsuchenden – Ergebnisse und Auswertung einer Befragung von 2800 Ratsuchenden aus 31 Beratungsstellen der Evangelischen Kirche Rheinland. In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision*. Mai 2003, 47-56.
- Markman, H. J. (1981): Prediction of marital distress: A 5-year follow-up. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 49, 760-762.
- Markman, H. J. (1984): The longitudinal study of couples' interactions: Implications for understanding and predicting the development of marital distress. In K. Hahlweg & N.S. Jacobson (Ed.), *Marital interaction. Analysis and modification*, 329-390. New York: Plenum Press.
- Nestmann, F. (Hrsg.). (1997): *Beratung – Bausteine für eine interdisziplinäre Wissenschaft und Praxis. Forum für Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*: (Band 37). Tübingen: dgvt – Verlag.
- Oetker-Funk, R., Dietzfelbinger, M., Struck, E. & Vogler, I. (Hrsg.). (2003): *Psychologische Beratung – Beiträge zu Konzepten und Praxis*. Freiburg: Lambertus.
- Sanders, R. (1997): *Integrative Paartherapie – Eine pädagogische Intervention zur Förderung der Beziehung zwischen Frau und Mann als Partner, Grundlagen – Praxeologie – Evaluation*. Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag.
- Sanders, R. (2000): Partnerschule...damit Beziehungen gelingen! Grundlagen-Handlungsmodelle-Bausteine-Übungen. Erprobte Wege in der Eheberatung und Paartherapie. Paderborn: Junfermann.
- Saßmann, H. & Klann, N. (2002): *Beratungsstellen als Seismografen für Veränderungen in der Gesellschaft*. Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung e.V. (Hrsg.). Freiburg: Lambertus.
- Saßmann, H., Braukhaus, C. & Hahlweg, K. (2000): Behaviorale Ansätze der Gesundheits- und Entwicklungsförderung für Paare. In P. Kaiser (Hrsg.): *Partnerschaft und Paartherapie*, (S. 364-382). Göttingen: Hogrefe.

- Schneewind, K. & Wunderer, E. (2003): In I. Grau & H.W. Bierhoff (Hrsg.): *Sozialpsychologie der Partnerschaft* (S.221-255). Berlin: Springer.
- Schrödter, W. (2003a): Beratung im kirchlichen Raum – Wo bewegen wir uns, wer sind wir? Betrachtungen unter organisatorischen Aspekten. In *Fokus Beratung – Informationen der Evangelischen Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V. Fachverband für Psychologische Beratung und Supervision. Mai 2003*, 16-22.
- Schrödter, W. (2003b): Zur sozialsystemische Platzierung institutioneller Beratung. In R. Oetker-Funk, M. Dietzfelbinger, E. Struck & I. Vogler (Hrsg.): *Psychologische Beratung – Beiträge zu Konzepten und Praxis*. (S. 36-52) Freiburg: Lambertus.
- Schulte, D., Grawe, K., Hahlweg, K. & Vaitl, D. (Hrsg.). (1998/2004): *Fortschritte der Psychotherapie – Manual für die Praxis – Praxisorientierte Fortbildung für Psychotherapeuten, Klinische Psychologen und Psychiater*. Göttingen: Hogrefe.
- Schulte, D., Grawe, K., Hahlweg, K. & Vaitl, D. (Hrsg.). (2004): *Ratgeber zur Reihe Fortschritte der Psychotherapie*. Göttingen: Hogrefe.
- Sickendiek, U., Engl. F. & Nestmann, F. (1999): *Beratung – Eine Einführung in sozialpädagogische und psychosoziale Beratungsansätze. Grundlagentexte Sozialberufe*. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Straumann, U. (2001): *Professionelle Beratung. Bausteine zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung*. (2., korrigierte und überarbeitete Fassung). Heidelberg und Kröning: Asanger Verlag.
- Struck, G. (1971): Entwicklung und Aufbau der Ehe- und Familienberatung. In G. Struck & L. Loeffler (Hrsg.): *Einführung in die Eheberatung*, 1 – 19. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag.
- Thurmaier, F. (2001): „Paarkommunikationstraining: Ein effektiver Ansatz in der Paarberatung.“ In Jahrestagung Dokumentation des Bundesverbandes katholischer Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen und –berater e.V. 9-12 Mai 2001 in Suhl (Hrsg.): *„Hau ab – verlass mich nicht!“ Paarbeziehungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit*. Marburg: Eigenverlag.
- Vennen, D. (1992): *Behandlungsergebnisse und Wirkfaktoren von Eheberatung. Eine katamnestiche Studie*. Göttingen: Hogrefe.
- Wilbertz, N. (1999): Kann Ehe-, Familien- und Lebensberatung (EFL) etwas ausrichten und wem nützt sie? – Ergebnisse einer Nachbefragung von 1.000 EFL-Klienten. In *25 Jahre Psychologische Ausbildungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensberaterinnen in der Erzdiözese Freiburg*. Freiburg: Eigenverlag.

Notker Klann, Dr. rer. nat., Dipl.-Psych., Ehe-, Familien- und Lebensberater; Forschungsschwerpunkte: Partnerschaft, Prozess- und Ergebnisqualitätssicherung in der Eheberatung. Mitglied im Beirat von *Beratung Aktuell*.
Frankenweg 68b, 53604 Bad Honnef, eMail: N.Klann@dbk.de